



GRUNDSCHULE FISCHBECK
Verlässliche Grundschule
mit sonderpädagogischer Grundversorgung



Sekretariat 05152 - 8801

Rektor 05152 - 962702

05152 - 962703

FAX:

eMail:

gs.fischbeck@t-online.de

Internet:

www.gs-fischbeck.de



Am Schmäling 3

31840 Hessisch Oldendorf

Kooperationsvereinbarung
zwischen der
Polizei Hess. Oldendorf
und der
GRUNDSCHULE FISCHBECK

Stand: Januar 2006

GRUNDSCHULE FISCHBECK

• Verlässliche Grundschule mit sonderpädagogischer Grundversorgung •



Am Schmäling 3

31840 Hess. Oldendorf

☎ 05152-8801 • FAX 05152-962703 • eMail: gs.fischbeck@t-online.de • www.gs-fischbeck.de

Jetzt neu

Sprechstunde der Polizei Hess. Oldendorf in der Grundschule Fischbeck

Im Rahmen der vereinbarten Zusammenarbeit von
Schule und Polizei findet zukünftig

Jeden 1. Dienstag im Monat von 7.45 – 8.45 Uhr

eine Sprechstunde mit *Herrn POK Röske* statt.

Herr Röske steht erstmalig am 02.März 04
allen Kindern, Eltern und Lehrkräften
zu einem Beratungsgespräch
in der Schülerbücherei zur Verfügung.

Dr. M. Nimsch-Faron; Rektor

1.2 Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei

Die folgende Vereinbarung wurde zwischen den Schulen im Bereich der Stadt Hessisch Oldendorf und der Polizei getroffen.

Die angesprochenen persönlichen Sprechstunden zwischen einem Kontaktbeamten und den Schülern, Lehrern und Eltern der Schule finden an einem festen Termin einmal im Monat statt.

1. Wesentliche Ziele der Zusammenarbeit sind:

- Stärkung der gemeinsamen Präventionsarbeit zur Verhinderung von delinquentem Verhalten von Schülerinnen und Schüler innerhalb und außerhalb der Schule
- Verfolgung von Straftaten an Schule und im schulischen Umfeld
- Stärkung des Sicherheitsgefühls der Schülerinnen und Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten beim Schulbesuch

Das Konzept wird in Anlage 1 näher erläutert.

2. Im Sinne dieser gemeinsamen Zielsetzung wird die vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schule und Polizei angestrebt, die kontinuierlich weiter gefördert, durch abgestimmte Maßnahmen konkretisiert und verbessert werden soll. Die Schule kann die Erfahrung und Unterstützung der Polizei zur Erfüllung ihres Erziehungsauftrages insbesondere für problembelastete Schülerinnen und Schüler sowie Schülergruppen nutzen.
3. Die Schulen und das Polizeikommissariat Hess. Oldendorf benennen gegenseitig Ansprechpartner. Diese stehen im ständigen Dialog und unterrichten sich gegenseitig auch von über den Erlass hinausgehenden Ereignissen. Sie koordinieren die gemeinsamen Besprechungen.
4. Mindestens einmal im Schulhalbjahr und zwar in den Monaten September und März oder anlassbezogen bei besonderem Bedarf finden Besprechungen zwischen dem Polizeikommissariat und den Schulen statt. Anlassbezogen können auch Vertreter der Stadt Hess. Oldendorf, ein Vertreter des Jugendamtes des Landkreises Hameln-Pyrmont und der Staatsanwaltschaft eingeladen werden. An diesen Besprechungen nehmen die Schulleiter der Schulen oder ihre Vertreter/in, die jeweiligen Ansprechpartner, der Leiter des Polizeikommissariats Hess. Oldendorf oder ein Vertreter und der Ansprechpartner des Polizeikommissariats Hess. Oldendorf teil. Ziel dieser Besprechungen ist eine gegenseitige Information über die gemeinsame Präventionsarbeit und die Regelung der weiteren Zusammenarbeit.
5. In besonderen Fällen können zu spezifischen Themen Schul- oder Elternversammlungen oder Gesamtkonferenzen einberufen werden, an denen Vertreter des Polizeikommissariats auf Einladung teilnehmen können.
6. Themen der Prävention, insbesondere von Kriminalität und Gewalt sollen verstärkt Eingang in den Unterricht finden. Schulen und Polizeikommissariat besprechen, wie Polizeibeamte in diese Arbeit einbezogen werden können. Das Polizeikommissariat stellt Beamte zur Verfügung, die in einzelnen Klassen dazu informieren.

7. Die Schulen kommen ihren im Erlass vorgesehenen Anzeigepflichten nach. Polizeikommissariat und Schulen vereinbaren dann auf den Einzelfall bezogene Vorgehensweisen. Die Schulen werden von der Polizei über Ergebnisse der Ermittlungen nach Erlassvorgabe informiert.
8. Das Polizeikommissariat informiert die betroffenen Schulen unverzüglich über Personen, Taten oder Sicherheitslagen, welche für den schulischen Bereich zur Abwehr einer Gefahr erforderlich sind.
9. Die Schulen organisieren nach Terminabsprache die Durchführung regelmäßiger Sprechstunden der Polizei in der Schule für Schüler, Eltern und Lehrer. Ziel der Sprechstunde sind die rechtliche Beratung und die Unterstützung bei besonderen Problemen. Diese Sprechstunden finden vierzehntägig in der Hauptschule Hess. Oldendorf sowie in der GS am Rosenbusch und monatlich in der Wilhelm-Busch-Realschule und den übrigen Grundschulen statt.
10. Die Polizei unterstützt die Schulen, wenn Schülerinnen und Schüler dem Unterricht unerlaubt fernbleiben.
11. Erforderliche Hausbesuche können von Schule und Polizei bei Bedarf gemeinsam durchgeführt werden. Zeitpunkt, Ziele und genaues Vorgehen werden vorher abgesprochen. In der Regel erfolgen die Hausbesuche gemeinsam mit nicht uniformierten Polizeibeamten.
12. Der Integrationsbeauftragte der Stadtverwaltung Hessisch Oldendorf kann hinzugezogen werden, wenn Jugendliche ausländischer Herkunft betroffen sind.
13. Das Polizeikommissariat unterstützt die Verkehrserziehung der Schule und stellt nach Möglichkeit auch einzelne Beamte für besondere Unterrichtsvorhaben und Projekte der Schulen ab.
14. Der Erlass **„Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft“** (RdErl. des MK, – 201-51 661, des MI, - 23-51603/4-1 und des MJ – 4210 – S 3.202, v. 30.09.2003) verpflichtet die Vertragspartner zu enger Kooperation.

Anlage

Begründungen für eine engere Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei

1. Einleitung:

In der öffentlichen Meinung gewinnt das negative Stimmungsbild über delinquentes Verhalten von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit Schule und schulischem Umfeld immer größeren Raum. Das subjektive Sicherheitsgefühl in Bezug auf ihre eigenen Kinder ist bei vielen Eltern negativ geprägt und pauschale Vorwürfe an Schulleitungen, nicht konsequent genug durchzugreifen, sind allzeit gegenwärtig. Diese subjektiven Einschätzungen werden sehr häufig durch Gerüchte multipliziert. Die objektiven Feststellungen in diesem Zusammenhang sind zwar wesentlich weniger dramatisch, dennoch besteht Handlungsbedarf, um Schule und Schulumfeld weiterhin als angstfreien Raum darstellen zu können. Lehrer und Polizisten haben sich als Garanten für konsequentes Handeln gegen aggressive Schüler einzubringen, um ein angstfreies Erleben und Lernen in den Bildungsstätten zu ermöglichen.

Es muss aber auch Transparenz hergestellt werden, um besorgten Schülern und Eltern die Zielrichtung des Handelns zu vermitteln und Gerüchten vorzubeugen.

Das allgemeine Stimmungsbild in Bezug auf auffälliges Verhalten von Schülern pauschalisiert sehr stark in Bezug auf negative Veränderungen jugendlicher Umgangsformen. Bei näherer Betrachtung muss festgestellt werden, dass es nur wenige, einzelne Schüler sind, die zu negativen Auffälligkeiten neigen. Die verbalen und tätlichen Aggressionen und Unruhen, die diese Schüler ausstrahlen, spiegeln sich aber oftmals im sozialen Umfeld der Klassengemeinschaft wieder. Ähnliche Feststellungen hat auch die Polizei bei der tieferen Betrachtung der polizeilichen Kriminalstatistik gemacht. Die Masse der erstmals aufgefallenen jugendlichen Delinquenten ist nachgeordnet zu betrachten. Die hohen Zahlen schreiben die mehrmals und ständig wiederholenden Tatverdächtigen. Dabei muss oft festgestellt werden, dass die Erziehungsberechtigten dieser jungen Menschen sich ihres Auftrages nicht bewusst sind und fahrlässig oder bedingt vorsätzlich das Handeln ihrer Kinder tolerieren, manchmal sogar dazu animieren.

Um hier ansetzen zu können, müssen die Eltern mit in die Pflicht genommen werden. Ermahnende Gespräche mit auffälligen jungen Menschen und Sanktionen nützen wenig, wenn sich das soziale Umfeld in der Familie nicht ändert. Die Erziehungsverantwortlichen müssen in einer klaren Gefährderansprache auf die Verwerflichkeit ihrer Unterlassung hingewiesen werden. Ihnen müssen nach Möglichkeit Wege zur Verbesserung aufgezeigt, und wenn diese nicht angenommen werden, konsequent staatlichen Sanktionen angedroht und zur Anzeige gebracht werden. Das Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht gibt dazu genügend Handlungsmöglichkeiten.

2. Vertragsinhalte und Zweckbindung

Die hier abgesprochenen Maßnahmen sollen keinen Projektcharakter haben, sondern vielmehr selbstverständliche Abläufe in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Schulen, Polizei und Verwaltung beschreiben und koordinieren. Es ist das gemeinsame Ziel der Vertragspartner, Schülern und Erziehungsberechtigten Angst zu nehmen und Aggressoren mit präventiven und repressiven Mitteln unmissverständlich die Grenzen aufzuzeigen, die jeder Mensch im Umgang mit Anderen einzuhalten hat.

3. Erläuterung der Maßnahmen

3.1 Sprechstunden:

Die Polizei hält an den Schulen Sprechstunden ab. Diese Sprechstunden sollen dazu dienen, Schülern, Eltern und Lehrern Kontakte zur Polizei zu ermöglichen, um allgemeine Problemfälle zu besprechen. Das soziale Umfeld „Schule“ dürfte dazu geeignet sein, Kontaktängste zur Polizei abzubauen. Aktuelle Vorgänge, die besonderer Eile bedürfen, müssen selbstverständlich unter Umgehung der festen Sprechzeiten umgehend an die Polizei gemeldet werden.

Umfang und Häufigkeit dieser Sprechstunden sind abhängig von der Schulform und von dem Konfliktaufkommen. Die jeweilige Schulleitung stellt dem Polizeibeamten zur Durchführung der Sprechstunde einen Diskretionsraum zur Verfügung und koordiniert ggf. im Vorfeld den Gesprächsbedarf. Einzelfallbezogen sollte der Integrationsbeauftragte der Stadtverwaltung Hessisch Oldendorf hinzugezogen werden, wenn im Vorfeld Themen erkennbar sind, bei denen ausländische Mentalitäten mit Berücksichtigung finden müssen.

3.2 Maßnahmen gegen unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht:

Es ist bewiesen, dass regelmäßiges unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht oftmals der Einstieg in eine kriminelle Karriere ist, bzw. unmittelbar damit einhergeht. Das Überschreiten der Schwelle zur Illegalität (Schulschwänzen) animiert sehr oft, während dieses Fernbleibens auch kriminelle Handlung zu begehen.

Wirkungsvolle Maßnahme ist die zwangsweise polizeiliche Zuführung zur Schule, die dann generalpräventiven Charakter haben und Nachahmer abschrecken kann. Vor einer solchen Maßnahme hat die Schule aber konkret zu analysieren, welche Gründe für ein unerlaubtes Fernbleiben vorliegen könnten. Ist das Problem mit pädagogischen Mitteln zu lösen, sollten diese stets Vorrang vor Zwangsmaßnahmen haben. Erscheint ein zwangsweises polizeiliches Vorführen zur Schule nach Einzelfallprüfung sinnvoll, so sollte diese Maßnahme nach Möglichkeit zusammen mit dem Schulsozialarbeiter durchgeführt werden, um ein gemeinsames Vorgehen an die Adressaten der Maßnahme zu signalisieren.

3.3 Gemeinsame Hausbesuche durch Schule und Polizei

Auffällige Schüler, die ein besonderes Maß an Aggressivität ausleben und damit die Rechte von Mitschülern einschränken, leben oftmals in sozial problembehafteten Familien. Die Schule hat hier oftmals nur das Mittel, den Schüler mit Disziplinarmaßnahmen zu belegen. Die eigentlichen Verursacher, unerfahrene oder fahrlässig handelnde Erziehungsberechtigte, sind für die Schule nicht erreichbar oder beratungsresistent. Das Phänomen, dass Erziehungsberechtigte von problembehafteten Schülern für die Pädagogen nicht erreichbar sind, tritt immer häufiger auf.

Problemschüler sind vielfach auch bei der Polizei wegen krimineller Handlungen bekannt sind.

Ein Gespräch mit den Erziehungsberechtigten gefährdeter Jugendlicher scheint in diesen Fällen sowohl aus pädagogischer Sicht, als auch aus polizeilich kriminalpräventiver Sicht ein geeignetes Mittel zu sein, um auf ungünstige Prognosen im Leistungs- und Sozialbereich hinzuweisen und die Adressaten dieser Ansprache durch Sozialkontrolle zu positiv wirkenden Aktivitäten zu bewegen.

Dieses Gespräch sollte möglichst im häuslichen Bereich der Adressaten stattfinden, um die Anonymität zu durchbrechen und die Ernsthaftigkeit der Maßnahme klar herauszustellen.

In den Fällen, in denen Schüler gleichermaßen bei Schule und Polizei negativ bekannt geworden sind, sollen gemeinsame Hausbesuche durch Lehrer und Polizeibeamten erfolgen.

Die Inhalte des Gesprächs sollten vorher abgestimmt sein, um Daten- und Vertrauensschutz der jeweiligen Berufsgruppe zu gewährleisten. Einzelfallbezogen sollte hier ebenfalls der Integrationsbeauftragte der Stadtverwaltung Hessisch Oldendorf mit einbezogen werden.

3.4 Strafanzeigen gem. § 171 StGB

Die Straftatbestände des § 171 StGB (Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflichten) unterliegen naturgemäß subjektiv unterschiedlichen Wertungen. Die Tat ist ein konkretes Gefährdungsdelikt, d.h. der Nachweis einer Fehlentwicklung der geschützten Personen (Kinder und Jugendliche) ist nicht erforderlich. Für einen Täterschaftsverdacht genügt die Gefährdungsprognose, die sich aus einer Summe sozial verwerflicher Handlungen oder Unterlassungen ergeben kann. Das bedeutet, dass die Zusammenführung bestimmter Informationen, die Schulen, Verwaltung und Polizei über Erziehungsberechtigte gefährdeter Jugendlicher haben, unter Umständen einen Verdacht auf eine solche Straftat beinhalten. Die Polizei muss dann aus ihrem Auftrage aus § 163 StPO eine solche Tat zwingend zur Anzeige bringen.

Bei der Beweiserhebung durch die Polizeibeamten sind die Vorschriften der Strafprozessordnung zu berücksichtigen, was bei einem Anfangsverdacht im Einzelfall bedeuten kann, dass bestimmte Gespräche nur nach vorangegangener Rechtsbelehrung geführt werden dürfen.

4. Schlussbestimmung

Nach dem gem. RdErl. der MK, MI und MJ - 23.23-51603/4-1- vom 30.09.03 besteht zwischen Schulen, Polizei und Justiz eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit. Die Polizei kann aus ihren Erfahrungen im Konfliktmanagement und im Umgang mit sozial schwierigen Personen Handlungsmechanismen weitergeben. Dieser Vertrag ist daher als gegenseitige Verpflichtungserklärung zu verstehen. Die Entscheidung, die Polizei bei einem bestimmten Konflikt, der nicht unter § 138 StGB fällt, hinzuzuziehen, muss demnach nach pflichtmäßigem Ermessen des Schulleiters getroffen werden. Die typischen Rechtsvorschriften einer jeden Berufsgruppe haben immer Vorrang, so dass nach pflichtmäßigem Ermessen ein gemeinsames Vorgehen abgewogen sein muss.